

Haushaltsrede des Bürgermeisters Günter Maibach zum Haushalt 2019

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie gewohnt, möchte ich Ihnen eine Übersicht über den neuen Haushalt 2019 geben, der am 04.10.2018 vom Magistrat beschlossen wurde.

Beginnen wir mit der Großwetterlage.

Der Bundesrepublik Deutschland geht es so gut wie schon lange nicht mehr. In Zeiten hoher Steuereinnahmen, niedriger Zinsen und brummender Wirtschaft erhoffe ich mir, wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarkommunen, eine deutliche Entlastung mit einer auskömmlichen Finanzierung durch das Land Hessen. Auch Bruchköbel geht es nicht schlecht. Der erste Blick in den Haushaltsentwurf 2019 erweckt den erfreulichen Eindruck, dass die Stadt Bruchköbel einen satten Überschuss von 4.134.913 € im Jahre 2019 erwirtschaften wird. Es könnte nun der Eindruck entstehen, dass es ab sofort wieder eine Freude ist, als Bürgermeister und Stadtkämmerer einen kommunalen Haushalt einzubringen. Leider muss ich Ihren Optimismus etwas dämpfen, denn wir sind durch den Beitritt zur Hessenkasse quasi zum Erfolg verdammt.

Es erscheint notwendig, sowohl in den politischen Gremien, als auch in der Öffentlichkeit zunächst klarzustellen, dass die Stadt Bruchköbel - und da sind wir nicht die einzige Kommune - zwingend darauf zu achten hat, dass ein jährlicher Zahlungsmittelüberschuss von mindestens der Tilgungshöhe und der Beitrag zum Sondervermögen der Hessenkasse erwirtschaftet werden muss. Die gute Nachricht dabei ist, dass sich bisher der städtische Haushaltsentwurf 2019 planerisch stets in einem Plus bewegt. Die Ursache für die strikte Einhaltung der Erwirtschaftung von Überschüssen liegt in der von der Stadt Bruchköbel eingegangenen Verpflichtung im Rahmen der Hessenkasse, wonach der Stadt auf Antrag eine Kassenkreditschuldung bis zu einem Ablösungshöchstbetrag von 24.600.000 € durch die Hessenkasse gewährt wurde. Ab dem Haushaltsjahr 2019 besteht die Verpflichtung, den Ergebnis- und Finanzhaushalt in Planung und Rechnung auszugleichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

An dieser Stelle kann ich es Ihnen nicht ersparen, die wichtigsten Eckdaten des Haushaltsentwurfs auch in Form von Zahlen näherzubringen.

Die Haushaltssatzung 2019 stellt sich im Entwurf wie folgt dar:

Im Ergebnishaushalt

Erträge mit 47.318.354 €

Aufwand mit 45.322.541 € und

einem außerordentlichen Ertrag von 2.334.100 € für Grundstücksverkäufe Innenstadt

und einem außerordentlichen Aufwand in Höhe von 195.000 €.

Der außerordentliche Aufwand beinhaltet Abschreibungen von Nebengebäuden (Abriss) innerhalb des Innenstadumbaus.

Somit ergibt sich ein Überschuss von 4.134.913 € im Ergebnishaushalt.

Im Finanzhaushalt werden für

Auszahlungen für Investitionen von	6.494.076 €
Auszahlungen für Tilgung von	2.777.697 €
für Einzahlungen aus Kreditaufnahmen	4.130.887 € und
Sonderposten/Zuschüsse in Höhe von	2.559.430 €

veranschlagt.

Auf die Darlehensaufnahme und Tilgung entfallen hierbei Umschuldungen von 196.241 €.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite die im Haushaltsjahr 2019 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen wird im Entwurf der Haushaltssatzung auf 5.000.000 € festgesetzt. Die Aufnahme von Liquiditätskrediten ist nur zulässig, um die rechtzeitige Leistung der Auszahlungen sicherzustellen. Liquiditätskredite sind nur als kurzfristige Liquiditätsmaßnahme zu sehen. Das heißt spätestens zum Jahresende muss wieder ein Ausgleich erfolgen.

Erstmalig wurden wieder seit Jahren Verpflichtungsermächtigungen eingeplant. Die Gesamtsumme über 11.560.000 € betrifft ausschließlich den Innenstadumbau.

Der Entwurf 2019 weist folgende geplante Zahlungsmittelbestände 2018 bis 2022 aus:

im Jahr 2018 =	-25.928.657 € (Ausgleich durch Hessenkasse)
im Jahr 2019 =	59.392 €
im Jahr 2020 =	107.098 €
im Jahr 2021 =	346.760 €
im Jahr 2022 =	835.405 €

Bei den genannten Zahlen handelt es sich um planerische Überschüsse. Der Verwaltung wurden hierbei aus Konsolidierungsgründen Sach- und Dienstleistungen gekürzt. Die meisten Ansätze wurden aus dem Vorjahr wieder übernommen, es sei denn, dass aus vertraglichen oder vorhersehbaren Gründen wie z.B. Tarifierhöhungen eine Ansatzerhöhung vorgenommen werden muss.

Die Steuern und Einzahlungen aus steuerähnlichen Erträgen einschließlich der Einzahlungen aus Erträgen aus gesetzlichen Umlagen wurden mit insgesamt 24,6 Mio. EUR eingeplant. Es handelt sich hierbei u.a. um den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Schlüsselzuweisungen, wobei die aktuellen Zahlen für die finale Berechnung des Kommunalen Finanzausgleichs und damit der Schlüsselzuweisung noch nicht mitgeteilt wurden. Insofern handelt es sich um eine Hochrechnung mit Vorjahreswerten.

Der Ansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer beträgt 15 Mio. €, für die Schlüsselzuweisungen sind 9,5 Mio. € eingeplant. Der Planansatz für die Spielapparatesteuer bleibt mit 550.000 € gegenüber dem Vorjahr gleich. Die Einnahmeerwartungen bei der Gewerbesteuer haben sich bisher nicht erfüllt. Eine Ansatzreduzierung gegenüber dem Ansatz 2018 auf 4,8 Mio € war notwendig.

An der moderaten Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B im Jahre 2019 um 59 v.H. auf 490 v.H. und im Jahre 2021 auf 550 v.H. wurde, wie bereits im letzten Jahr beschlossen, festgehalten. Im Jahr 2021 wären zusätzlich jährlich 870.000 € im städtischen Haushalt generierbar, um den städtischen Haushalt zu stützen. Dies wäre übrigens ein wesentlicher Bestandteil der Konsolidierung, die nach wie vor bei der Kommunalaufsicht nachgewiesen werden muss.

Es kommt sicher auf den Einzelfall an, aber generell kommen auf die Hausbesitzer jährliche Mehrkosten zwischen 6,75 € und 120,48 € zu.

Die Personalkosten, ohne Versorgungsaufwendungen, in Höhe von ~13 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr um 653.464 EUR gestiegen. Der Anstieg resultiert aus 385.000 € Tarifierhöhungen, 70.000 € für die Stelle einer 2. pädagogischen Fachkraft, 60.000 € für eine Stelle für Gemeinwesenarbeit, 90.000 € zusätzliche Mittel für Erzieherpersonal, 35.000 € für den Bereich Bauhof und 13.464 € für Stundenaufstockungen im Verwaltungsbereich. Die Personalkosten teilen sich in drei große Bereiche. Für das Rathaus und deren Nebenstellen werden 39 %, für den Bauhof 14 % und für die Kindergärten 47 % vom Gesamtpersonalaufwand bereitgestellt. Es lässt sich unschwer erkennen, dass uns die Betreuung der in Bruchköbel lebenden Kinder in besonderem Maße am Herzen liegt. Eine qualitativ hervorragende Dienstleistung im Bereich Kinderbetreuung anbieten zu können, hat ihren Preis. Abgesehen von den Personalkosten ergeben sich noch steigende Kosten bei den Sachleistungen. Trotz der stetig steigenden Kosten wird bei der aktuell vorgelegten Gebührenkalkulation angestrebt, die Eltern finanziell nicht übermäßig zur Kasse zu bitten. Ich denke, dass alle Fraktionen dieses Ziel vor Augen haben und im Rahmen der finanziellen und haushaltstechnischen Möglichkeiten dies auch umsetzen werden.

Die vom Land Hessen avisierte Übernahme der Kindertagesstätten Gebühren bei max. 6 Std.-Betreuung bringt der Stadt Bruchköbel wie vorausgesehen keine Entlastung. Im Gegenteil, wie erwartet, bringt die 6 Std.-Betreuung eine Erhöhung des Aufwandes für Personal- und Sachkosten mit sich.

In den weiteren Gebührenhaushalten Abfallwirtschaft und Kanal sind Deckungsgrade von 100% erreicht und werden im nächsten Jahr neu kalkuliert.

Ein anderes Bild ergibt sich bei dem Gebührenhaushalt Friedhofs- und Bestattungswesen der planerisch defizitär mit 453.517 € abschließt.

Gerade an den Gebührenhaushalten ist zu erkennen, dass betriebswirtschaftliche Ausarbeitungen oftmals nicht mit der politischen Willensbildung vereinbar und umsetzbar sind. Kommunen sind halt doch keine Konzerne!

Für die Kreis- und Schulumlage muss die Stadt Bruchköbel 15.981.215 € alleine im Haushaltsjahr 2019 bereitstellen. Eine Summe, die sich in dieser Größenordnung in jedem Jahr der Finanzplanung fortschreibt und die Haushaltsjahre besonders belasten.

Die Stadt Bruchköbel unterhält zwei Eigenbetriebe. Den Wirtschaftlichen Betrieb Campingplatz – Schwimmbad und die Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel.

Für den Wirtschaftlichen Betrieb Campingplatz – Schwimmbad muss im städtischen Haushalt 2019 ein Zuschuss von 698.766 € bereitgehalten werden.

Der Eigenbetrieb Soziale Dienste trägt sich selbst.

Die zu 100 % gehaltene stadteigene Wirtschaftsförderung und Marketing GmbH erhält derzeit 305.000 € für ihre Dienstleistungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich jetzt dem investiven Teil des Haushaltes zuwenden.

Die Finanzierung der investiven Maßnahmen erfolgt zu einem nicht unerheblichen Teil über Darlehensaufnahmen. Im Jahr 2019 sind dies 3.934.646 €. Der Darlehensschuldenstand beträgt voraussichtlich am 01.01.2019 = 23.259.420,07 €. Nach der Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen wird sich ganz nach Baufortschritt der Schuldenstand erhöhen.

Ihnen wird auffallen, dass wir uns im 5-jährigen Investitionsprogramm nicht an der Nettoneuverschuldung Null orientiert haben.

Das liegt natürlich in erster Linie an dem für die Stadt Bruchköbel besonders wichtigen Projekt, ich würde es sogar unbescheiden als Jahrhundertprojekt bezeichnen, den Innenstadumbau. Im Jahr 2019 sind hierfür 2.000.000 € und im Jahr 2020 11.560.000 € eingeplant. Im Brandschutz, Katastrophenschutz stehen für benötigte Feuerwehrfahrzeuge alleine im Jahr 2019 450.000 € bereit. Auch unsere Sportvereine gehen nicht leer aus. Diesmal wird in Niederlissigheim ein Kunstrasenplatz für 550.000 € (Hj. 2019) vorbereitet. Der Stadtteil Butterstadt erhält für seine Feuerwehr ein neues Feuerwehrgerätehaus für 800.000 € erstellt. Für den Kinzigheimer Weg ist im Jahre 2020 der Kanalbau mit 700.000 € eingeplant. Für den Straßen- und Brückenbau stehen für die Jahre 2019 bis 2022 insgesamt 3.495.000 € zur Verfügung, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Stadtverordnetenversammlung und der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Verteilt auf die Investitionsjahre sind für den barrierefreien Ausbau von ÖPNV-Haltestellen 1.450.000 € eingeplant.

Für die Renaturierung des Krebsbaches sind 2019 noch 150.000 € vorgesehen.

Bei der Ausführung des Haushaltsplanes 2019 können, wie eigentlich in jedem Jahr, unvorhergesehene Ereignisse eintreten, auf die ad hoc reagiert werden muss. Risiken minimieren wird in Einzelfällen sicherlich rechtzeitig durch Controlling möglich sein, ganz vermeiden lassen sie sich nicht. Ich wage nicht daran zu denken, wenn sich beispielsweise abzeichnen sollte, dass sich die Rahmenbedingungen im Finanzsektor ändern sollten. Auf kommunaler Ebene ist auch bei größter Sorgfalt die finanzielle Sicherheit nur bis zu einer gewissen Grenze planbar. Kommunalpolitik ist häufig das sofortige Reagieren auf Tagesereignisse oder das Erfüllen unerwarteter Wünsche unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. All dies zieht in der Regel finanzielle Aufwendungen nach sich. Insofern bleibt der städtische Haushalt immer ein Balanceakt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit mit der Bitte, den Haushalt bei aller Kritik, Gestaltungs- und Veränderungsmöglichkeit möglichst zügig zu beraten.

In diesem Sinne,

vielen Dank für die geschätzte Aufmerksamkeit.